

Behörden Spiegel newsletter

Rettung. Feuer. Katastrophe.

Über
Digitales
reden

DIGITALER  STAAT
ONLINE

Nr. 128 Berlin und Bonn

4. Oktober 2024



ISSN 2699-9749

Meldung

Innovative Arbeiten für die Gefahrenabwehr gesucht

(BS) Die Stiftung SafelInno vergibt auch im kommenden Jahr wieder den Excellence Awards. Die Stiftung wurde von der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb) gegründet. Nach der vfdb gehört der Award zu den höchsten Auszeichnungen für besondere Arbeiten im Bereich der Gefahrenabwehr. Die Preisvergabe erfolgt in den drei Kategorien „besondere wissenschaftliche Leistung“, „Forschung und Entwicklung“ und „besondere organisatorische Leistungen“. Insgesamt sind bis zu 7.500 Euro Preisgeld ausgelobt.

Bewerbungen können bis zum 14. Februar 2025 eingereicht werden. Bewerben können sich Einzelpersonen. Möglich ist sowohl eine Selbstbewerbung als auch ein Vorschlag durch Dritte. Der Abschluss der eingereichten Arbeiten darf nicht länger als zwei Jahre zurückliegen.

In der Kategorie „besondere wissenschaftliche Leistung“ ist das dokumentierte Ergebnis einer wissenschaftlichen Untersuchung erforderlich. In der Regel wird diese Bedingung durch eine Dissertation oder Habilitation erbracht.

In der Kategorie „Forschung und Entwicklung“ ist die Entwicklung eines innovativen Produkts oder einer Dienstleistung gefragt.

In der Kategorie „besondere organisatorische Leistung“ geht es um die Entwicklung oder Optimierung von Prozessen oder Methoden.

Die Bewerbungen sind in digitaler Form an den Vorsitzenden der Auswahlkommission, Univ.-Prof. Dr.-Ing. Jochen Zehfuß, (J.Zehfuss@ibmb.tu-bs.de) zu senden.

Mehr Informationen gewünscht

(BS) EU-Bürgerinnen und -Bürger wünschen sich mehr Informationen, um sich auf eventuelle Katastrophen und Notfälle vorzubereiten. Dies geht aus einer Umfrage hervor, die die Europäische Kommission veröffentlicht hat. Die Umfrage wurde in allen 27 EU-Mitgliedstaaten durchgeführt.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Umfrage wurden gefragt, wie stark sie sich Katastrophenrisiken ausgesetzt fühlen, welchen Wissensstand sie haben und welche Quellen sie nutzen, um sich über Katastrophenrisiken zu informieren.

Zugang zu Informationen manchmal schwierig

Zwei Drittel der Befragten gaben an, dass sie mehr Informationen benötigen, um sich auf Katastrophen und Notfälle vorzubereiten. Außerdem gab mehr als ein Drittel der Bürger an, dass sie Schwierigkeiten haben, relevante Informationen von Behörden zu erhalten. Die Umfrage zeigt auch, dass fast vier von zehn Menschen nicht die Zeit oder die finanziellen Mittel haben, um sich auf Katastrophen oder Notfälle vorzubereiten. Grundsätzlich vertrauen jedoch die Bürger auf die Informationen, die die Behörden bereitstellen.

Unterschiedliche Gefährdungsbeurteilung

In 17 Mitgliedstaaten fühlen sich die Menschen am meisten durch extreme Wetterereignisse wie Stürme, Dürren und Hitzewellen gefährdet. Am stärksten fühlen sich die Befragten in Portugal und Zypern von Waldbränden und in Bulgarien von Überschwemmungen bedroht. In Schweden, Dänemark und Tschechien bewerten die Bürger Cybersicherheitsbedrohungen als größte Gefährdung. In Deutschland stehen



Die Bevölkerung sei entscheidend für die Katastrophenresilienz, sagt Janez Lenarčič, EU-Kommissar für Krisenmanagement.

Foto: BS/European Union, John Thys

politische oder geopolitische Spannungen, in Estland Unterbrechungen Kritischer Infrastrukturen (KRITIS) und in Finnland gesundheitliche Notfälle ganz oben auf der Liste der wahrgenommenen persönlichen Gefährdung.

Der für Krisenmanagement zuständige Kommissar Janez Lenarčič sagte dazu: „Eine risikobewusste und vorbereitete Bevölkerung ist eine entscheidende Komponente der Katastrophenresilienz. Wir müssen die verschiedenen Gefahren im Auge behalten und die Bereitschaft und Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaft entsprechend ausbauen. Dies wird den Menschen helfen, sich besser auf die Risiken vorzubereiten, denen sie ausgesetzt sein könnten. Ein All-Gefahren-Ansatz wird dazu beitragen, die persönliche Bereitschaft zu stärken, und die Menschen können sich weiterhin auf die Notdienste verlassen.“

Drei Behörden, ein Ziel



THW, BBK und BAM wollen ihre Zusammenarbeit stärken.

Foto: BS/BBK

(BS) Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), das Technische Hilfswerk (THW) und die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) wollen ihre Kooperation ausbauen, um den Zivil- und Katastrophenschutz zu stärken. Dazu haben die drei Behörden eine Verwaltungsvereinbarung unterzeichnet.

Ziel der Zusammenarbeit ist es, sich auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit mit dem Schwerpunkt Zivil- und Katastrophenschutz auszutauschen und den gemeinsamen Dialog zukünftig zu fördern. Zudem sind gemeinsame Forschungsprojekte zu sicherheitstechnischen Fragestellungen, sicherheitsrelevante Prüfungen sowie Schulungen und Trainingseinheiten von Einsatzkräften, Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern geplant. So sollen durch die Schulungen von Einsatzkräften und Erprobungen von Fahrzeugen die Einsatzfä-

higkeit erhöht werden. Mittelpunkt der Kooperation soll insbesondere das Testgelände „Technische Sicherheit“ der BAM in Horstwalde bei Berlin werden.

Auf dem Testgelände „Technische Sicherheit“ stehen zwei Brandprüfstände, ein Prüffeld zur Untersuchung von Brand- und Explosionsgefahren, zwei Sprengplätze mit einer Vielzahl von Versuchseinrichtungen wie Brandwallanlage, Spreng- und Schwadenkammer, sowie eine Fallversuchsanlage zur Verfügung. Es bietet hervorragende Voraussetzungen, um Einsatzkräfte praktisch zu schulen und Fahrzeuge unter schwierigen Bedingungen, wie sie in Krisensituationen vorkommen, zu testen, heißt es aus der Mitteilung des BBK. Das Gelände bietet zudem ein szenarienbasiertes Testzentrum zur Qualifizierung, Charakterisierung und Validierung von drohnenbasierten Messverfahren.

Behörden Spiegel NEWSLETTER & PODCASTS

In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

NEWSLETTER

[Newsletter „Netzwerk Sicherheit“](#)

[30. September:](#)

- Kritik am Einsatz von Gesichtserkennung
- Baden-Württemberg sagt dem Terror den Kampf an

[Newsletter „Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik“](#)

[1. Oktober:](#)

- Bundeswehr beschafft Schreitroboter
- Chinesisches Atom-U-Boot gesunken

[Newsletter „Digitaler Staat und Cyber Security“](#)

[2. Oktober:](#)

- Lückenhaft kindgerecht: Leitlinien für Online-Angebote
- Sicheres Cyber-Ländle

[E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC:](#)

- Es brennt!

PODCASTS

[Podcast „Public Sector Insider“](#)

[1. Oktober:](#)

- Bikecruting
- Der andere ÖPNV

EPC
EUROPEAN POLICE CONGRESS

**20.–21.
MAI
2025**

CityCube Berlin

**NEUER
TERMIN**

www.european-police.eu

Helfende Hand 2024: Die Nominierten

(BS) Das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) hat die Nominierungen für den Förderpreis Helfende Hand 2024 bekanntgegeben. Der Förderpreis wird zum 16. Mal vergeben. Ziel ist es, das ehrenamtliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern im Bevölkerungsschutz zu würdigen.

Beim BMI gingen rund 640 Bewerbungen ein. Eine Fachjury mit Kräften aus dem Bevölkerungsschutz hat davon 15 Projekte ausgewählt. Diese Projekte wurden für die Kategorien Innovative Konzepte, Nachwuchsarbeit und Unterstützung des Ehrenamtes nominiert. Der Preis wird am 3. Dezember in Berlin durch Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) vergeben.

Zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements erhalten die Gewinnerinnen und Gewinner in den Kategorien Nachwuchsarbeit und Innovative Konzepte ein Preisgeld von bis zu 9.000 Euro. Jährlich können sich Organisationen und Vereine um den Förderpreis bewerben und damit das Ehrenamt weiter stärken.

Nominiert in der Kategorie Innovative Konzepte sind die Projekte:

- Erste Hilfe am Ersten (Rüstzug Miersdorf, Feuerwehr Zeuthen & Johanniter Regionalverband Südbrandenburg)
- Henry 2.0 - Kälte und Strom aus Sonne und Wind (Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Berlin Steglitz-Zehlendorf e.V.)
- MKV 4000 - Ihr tankt sicher super? Wir tanken super sicher! (Philipp Loos, Frank Wortmann)
- Mobiles Schwimmbecken (DLRG Halstenbek-Rellingen-Schenefeld e.V.)
- Notläuten - Kirchenglocken warnen im Zivilschutz- und Katastrophenfall (Ev.-luth. Kirchenkreis Bremerhaven und Katholische Kirche Bremerhaven)

Nominiert in der Kategorie Nachwuchsarbeit sind die Projekte:

- Aktionstag Katastrophenschutz: Alle sind dabei (Blaulicht-Organisationen im Landkreis Tübingen)
- Blaulichtprojekt Kreis Plön (Blaulicht-Organisationen im Kreis Plön)
- Empowerment in der DLRG Ortsgruppe Troisdorf (DLRG Ortsgruppe Troisdorf e.V.)



Der Preis Helfende Hand wird zum 16. Mal vergeben.

Foto: BS/Mike Auerbach

- Katastrophenschutz ab 13 Jahren: Schülereinheit Gütersloh (Malteser Hilfsdienst e.V. Gliederung Gütersloh)

- 24 Stunden Katastrophenschutz hautnah (Katastrophenschutz Jugend Magdeburg)

Nominiert in der Kategorie Unterstützung des Ehrenamtes sind die Projekte:

- FEEL FR.E.E (Landratsamt Würzburg, Servicestelle Ehrenamt)
- Hagebau unterstützt Ehrenamt (Hagebaumarkt Bad Berleburg GmbH)

- Hochwasser: Deichschutz (Reservistenkameradschaft Dormagen)

- Verleihung des JassAwards für ehrenamtliche Tätigkeiten von Mitarbeitenden (Jass-Gruppe)

- Zehn Jahre Kooperation WEMAG Netz GmbH und THW: Gemeinsam für die Versorgungssicherheit! (WEMAG Netz GmbH)

Auf der [Webseite des Preises](#) können Bürgerinnen und Bürger für den Publikumspreis abstimmen.



FLORIAN

23. Fachmesse für Feuerwehr, Zivil- und Katastrophenschutz



10. – 12. Oktober
MESSE DRESDEN · 9 – 17 Uhr

— www.messe-florian.de —

Premiere:
Technische Hilfeleistung Mähdrescher
(an allen Tagen)

Donnerstag, 10. Oktober:

- Fachtagung Vorbeugender Brandschutz
- Hochwasserschutztagung
- Workshop „Rettungsarbeiten an Hochvoltfahrzeugen“

Freitag, 11. Oktober:

- Fachtagung Atemschutz
- 2. Fachtagung Katastrophenmedizin und Sonderlagen
- Workshop „Rettungsarbeiten an Hochvoltfahrzeugen“

Samstag, 12. Oktober:

- Fachtagung Rettungsdienst
- Fachtagung Atemschutz
- Fachtag „PSNV“ für Einsatzkräfte
- Workshop „Rettungsarbeiten an Hochvoltfahrzeugen“
- Workshop Öffentlichkeitsarbeit
- Drohnenworkshop

AG FReDi präsentiert:



Jetzt anmelden!



Änderungen vorbehalten!

Heizlüfter für CZ

(BS) Das Technische Hilfswerk (THW) lieferte rund 430 Heizlüfter nach Tschechien. Das Land war nach starken Regenfällen von Überschwemmungen betroffen.

Aus zwei Logistikzentren des THW waren THW-Einsatzkräfte mit zwei Transportern in Richtung des Nachbarlandes aufgebrochen. In der Katastrophenregion übergaben die Kräfte die Heizlüfter an die tschechische Partnerorganisation. Nach den extremen Hochwassern hatte die Tschechische Republik über den Europäischen Katastrophenschutzmechanismus u. a. elektrische Heizlüfter angefordert. Im Auftrag des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) und in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt stellte das THW die angeforderten Geräte dem Nachbarland kurzfristig zur Verfügung.

„Aufgrund der heftigen Überflutungen in den vergangenen Wochen haben viele Menschen in der Tschechischen Republik ihre Häuser und Wohnungen verlassen müssen, weil sie nicht mehr bewohnbar waren. Mit den vom THW gelieferten Heizgeräten können die Betroffenen nun ihre feuchten Keller und Zimmer schnell wieder trocknen. Die Geräte sind somit für unser Nachbarland eine willkommene Hilfe in dieser Notlage“, erklärte THW-Präsidentin Sabine Lackner.



Zwei Transporter des THW brachten Heizlüfter nach Tschechien.

Foto: BS/THW

Waldbrand: EU unterstützt Bolivien

(BS) Die EU mobilisierte im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens 49 Feuerwehreinheiten und Expertinnen und Experten aus Spanien zur Unterstützung bei der Bekämpfung von Waldbränden in Bolivien. Das südamerikanische Land hat mit einer Rekordzahl von Waldbränden zu kämpfen.

Die 41 Feuerwehreinheiten wurden in das Departement Santa Cruz als Bodenteam entsandt. Dort arbeiten sie mit lokalen Teams in Chiquitania zusammen. Das aus acht Experten bestehende Team unterstützt die lokalen Behörden bei der Analyse der Waldbrände und der Bewältigung.

Zur weiteren Unterstützung bei der Waldbrandbekämpfung aktivierte die EU den Copernicus Emergency Satellite Mapping Service. Die Karten werden die Arbeit der Feuerwehreinheiten in der Region Monte Verde unterstützen.

In den vergangenen Wochen kam es in Bolivien zu einer Häufung von Waldbränden, vor allem im zentralen Departement Santa Cruz. Anfang September wurde der nationale Notstand ausgerufen. Seit Anfang des Jahres sind rund vier Millionen Hektar verbrannt, was zu schweren Schäden und Verlusten im Ökosystem geführt hat. Schon in den Jahren 2019 und 2023 hatte die EU im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens Expertinnen und Experten sowie Feuerwehreinheiten entsendet, um Bolivien bei der Bekämpfung von Waldbränden zu unterstützen.

Jedes Land der Welt, aber auch die Vereinten Nationen und ihre Organisationen oder eine einschlägige internationale Organisation können sich an das EU-Katastrophenschutzverfahren wenden und Hilfe anfordern.



Spanische Kräfte unterstützen in Bolivien bei der Waldbrandbekämpfung.

Foto: BS/European Union

EU-Übung zum Krisenmanagement

(BS) Die Europäische Union führt bis zum 25. Oktober 2024 die Krisenmanagementübung EU Integrated Resolve (IR24) durch. Die Übung soll die Bereitschaft und Fähigkeit der EU testen, auf komplexe Krisen hybrider Natur mit internen und externen Dimensionen zu reagieren. Bei der EU IR24 wird eine mehrdimensionale Krise simuliert, um die bestehenden Krisenmanagementfähigkeiten der EU zu bewerten.

Da sich die globalen Bedrohungen ständig weiterentwickeln und sowohl für die

EU-Bürgerinnen und -Bürger als auch für die Kritische Infrastruktur (KRITIS) ein erhebliches Risiko darstellen, sei diese Übung von entscheidender Bedeutung, heißt es vonseiten der Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe (ECHO). Die Übung soll dazu beitragen, die Abwehrbereitschaft und Widerstandsfähigkeit der EU zu stärken. Dies soll durch eine Verbesserung der Krisenreaktionsfähigkeiten in einem integrierten Ansatz geschehen, heißt es von ECHO.

Fixed-Wing-Drohnen als Ergänzung

(BS/Christopher Dolz*) Mitte Mai führte langanhaltender Regen in weiten Teilen des Saarlands zu Überschwemmungen. Schon am ersten Tag waren fast 130 Einsatzkräfte des Landesverbandes Saar der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) im Einsatz gegen die Wassermassen. Weitere 150 DLRG-Helferinnen und -Helfer aus Rheinland-Pfalz sowie vom DRK Schwaben unterstützten wenig später. Gemeinsam evakuierten sie Menschen und Tiere, die von den Fluten eingeschlossen waren, retteten Personen aus Fahrzeugen oder stellten Fachberater für die Wasserrettung in den Katastrophenschutzstäben der Landkreise sowie im Stab des Innenministeriums. Darüber hinaus nutzten die Retter Drohnen zur Erkundung der Lage. Auch der Bundesverband der DLRG entsandte auf Anforderung der Landeshauptstadt Saarbrücken ein Team von Spezialisten, um das Ausmaß der Schäden auszumachen.

Diese brachten verschiedene Drohnen ins Einsatzgebiet. Darunter befanden sich auch zwei sogenannte Fixed-Wing-Drohnen (auch Starrflügler genannt). „Der Einsatz dieser flugzeugähnlichen Drohnen ist ziemlich einzigartig unter den Blaulichtorganisationen. Mit ihnen können wir große Gebiete in kurzer Zeit erfassen und länger in der Luft bleiben als mit den herkömmlichen Multicoptern“, verdeutlicht der stellvertretende Leiter Einsatz der DLRG, Alexander Kille.

Die Geräte sind u. a. mit Multispektralkameras ausgestattet, die besonders präzise Bilder von der Umgebung liefern. Sechs verschiedene Kameras erfassen dabei gleichzeitig mehrere Farbspektren. Diese Aufnahmen werden später zu einem Gesamtbild zusammengesetzt, das detaillierte Informationen über Oberflächenmerkmale liefert. „Durch die unterschiedliche Kombination einzelner Farbkanäle werden beispielsweise die Reflexionseigenschaften von Oberflächen besonders gut dargestellt. So können etwa mit Wasser überflutete Flächen deutlich hervorgehoben werden“, erklärt Tim Reddehase, Vermessungstechniker und Mitarbeiter im Fachbereich Drohnen der DLRG, und ergänzt: „Nach unserer Vorstellung kann dies zukünftig auch automati-



Eine Fixed-Wing-Drohne wird für den Einsatz vorbereitet.

Foto: BS/DLRG e.V.

siert erfolgen.“ Das Vermessungsamt Saarbrücken bereitete die Aufnahmen auf und spielte sie in das Geoinformationssystem des Führungsstabes ein. Dieses aktuelle Lagebild ermöglichte es, Maßnahmen für eine befürchtete zweite Flutwelle zielgerichteter vorbereiten zu können. Da weitere starke Regenfälle ausblieben, wurden die Daten dann nicht benötigt. Kille zieht dennoch ein positives Fazit: „Die DLRG zeigte, wie der Einsatz von moderner Technik bei Unwettereinsätzen helfen kann. Diese Technik können wir schnell in den Einsatz bringen und werden damit unserem eigenen Anspruch als größte Wasserrettungsorganisation gerecht.“ Die DLRG bringt regelmäßig ihre Expertise in die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen des Bevölkerungsschutzes ein. So konnten bspw. Drohnenpiloten ähnlich wie im Saarland schon 2021 im Ahrtal Unterstützung für die Bundeswehr oder das THW leisten.

Das ist tatsächlich nur eines der möglichen Szenarien, das die DLRG mithilfe von Unmanned Aerial Vehicles (UAV) bewältigt. Ein klassisches sind Sucheinsätze: Passanten entdecken Kleidung an einem See, aber keine zugehörige Person. Nach dem Notruf alarmiert die Leitstelle die örtliche DLRG. Diese sucht anschließend mit Suchketten, Booten (ausgestattet mit Sonar) oder Rettungshunden nach der vermissten Person. Drohnen bieten hier eine wertvolle und effiziente Unterstützung aus der Luft: Innerhalb kürzester Zeit lassen sich große Gebiete scannen und Personen mittels Wärmebildkamera schnell identifizieren. Die Vogelperspektive erleichtert den Blick ins Wasser.

Schaut man hingegen etwa vom Ufer oder vom Boot aus flach aufs Wasser, erschwert die Reflexion des Lichts die Suche.

Immer mehr DLRG-Gliederungen setzen die fliegenden Helfer ein, auch weil die Technik erschwinglicher geworden ist. Im Rahmen der wachsenden Bedeutung moderner Technologien im Bevölkerungsschutz gründete der Bundesverband vor etwa sieben Jahren einen eigenen Fachbereich Drohnen. Die Ausbildung der Drohnenpiloten basiert auf den „Empfehlungen für Gemeinsame Regelungen zum Einsatz von Drohnen im Bevölkerungsschutz“. Diese wurden von führenden Hilfsorganisationen, dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) sowie weiteren Behörden erarbeitet, um eine koordinierte und einheitliche Nutzung von Drohrentechnologie im Katastrophenschutz zu gewährleisten. Eine verbandsinterne Anweisung für den Drohnenbetrieb schließt innerverbandliche Regelungslücken.

Die rasante Entwicklung von Drohnen-technologien bietet enorme Potenziale für den Bevölkerungsschutz. Zusätzlich zur Luftaufklärung könnten Drohnen in Zukunft sogar als autarke Rettungsmittel eingesetzt werden, was die Effektivität in Einsätzen weiter steigern würde. Der stellvertretende Leiter Einsatz gibt jedoch zu bedenken: „Die Technik ist eine gute Unterstützung unserer Einsatzkräfte. Am Ende ist es aber nicht eine technische Lösung, die den Erfolg bringt. Effizient ist vielmehr die intelligente, anlassbezogene Kombination von verschiedener Technik mit qualifizierten Einsatzkräften. Nicht zuletzt durch die komplexen Einsätze im Ahrtal und dem Saarland, aber auch durch die alltägliche Integration von Drohnen in die Gefahrenabwehr zeigt die DLRG, dass es sich dabei keineswegs mehr um Forschungsprojekte handelt, sondern Drohnen unterschiedlicher Art heutzutage ein etabliertes Einsatzmittel darstellen.“

*Christopher Dolz ist Redakteur in der Pressestelle der DLRG-Bundesgeschäftsstelle.

BaWü: Feuerwehrförderung neu geregelt



Das Innenministerium in Baden-Württemberg hilft ab dem kommenden Jahr Feuerwehren bei der Beschaffungsvorgängen (Symbolbild).

Foto: BS/Biskup-Klawon

(BS) Das Innenministerium in Stuttgart hat eine neue Verwaltungsvorschrift zur Feuerwehrförderung (ZFeuVwW) erlassen. Mit der neuen Vorschrift will das Land Baden-Württemberg die Feuerwehren auch bei der Beschaffung von Fahrzeugen unterstützen.

Neu wird sein, dass das Land Städten und Gemeinden die Möglichkeit eröffnet, an der landesweiten Neubeschaffung einzelner Fahrzeugtypen teilzunehmen. Das Innenministerium übernimmt für diese Fahrzeuge die Ausschreibung und unterstützt bei der Abwicklung des Fahrzeugkaufes. Damit sollen vor allem kleine Gemeinden von den immer umfangreicheren und aufwändigeren Vergabeverfahren entlastet werden.

„In den letzten fünf Jahren hat das Innenministerium alle förderfähigen Anträge der

Kommunen auch tatsächlich bewilligt. So hat Baden-Württemberg knapp 300 Millionen Euro in das Feuerwehrwesen in Baden-Württemberg investiert. Allein im Jahr 2024 stellt das Land mehr als 61 Millionen Euro für die Feuerwehren zur Verfügung, darunter 49,4 Millionen Euro für die Förderung von Fahrzeugen und Feuerwehrhäusern. Hinzu kommen nochmals 12,1 Millionen Euro pauschale Unterstützung für die Ausstattung und Ausbildung der Feuerwehrangehörigen sowie für kleinere Beschaffungen“, ergänzte Innenminister Thomas Strobl (CDU).

Die bislang geltende Verwaltungsvorschrift wird planmäßig zum 31. Dezember 2024 außer Kraft treten. Die neue ZFeuVwW gilt somit ab dem kommenden Jahr.

Neuer Chef in Essen

(BS) Der Leitende Branddirektor Jörg Wackerhahn ist neuer Leiter der Feuerwehr Essen. Er folgt damit Thomas Lembeck nach, der auf 31 Dienstjahre bei der Feuerwehr Essen, darunter fünf als Leiter, zurückblicken kann. Lembeck hat sich in den Ruhestand verabschiedet.

Nach seinem Abschluss als Dipl.-Ing. Sicherheitstechnik an der Bergischen Universität Wuppertal trat Wackerhahn im Jahr 1997 in das Brandreferendariat bei der Feuerwehr Essen ein. Bei der Berufsfeuerwehr Essen durchlief er verschiedene Stationen als Abteilungsleiter, zuerst in der Abteilung Einsatzdienst, anschließend dem Vorbeugenden Brandschutz und der Technik und Liegenschaftsverwaltung. Seit 2019 leitet er die Abteilung Einsatzorganisation und ist stellvertretender Fachbereichsleiter der Feuerwehr der Stadt Essen. Seit 2012 ist er u. a. Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Feuerwehren im Rettungsdienst (AG FReDi) der AGBF Bund.



Jörg Wackerhahn (links) ist der Nachfolger von Thomas Lembeck als Leiter der Feuerwehr Essen.

Foto: BS/Feuerwehr Essen

FUTURE  PUBLIC

Der Newsletter mit Zukunft.

 SUBSCRIBE

BSC Berlin Security Conference

23rd Congress on European Security and Defence

19.–20. November 2024

Vienna House Andel's • Berlin

NATO, EU
AND THEIR ALLIES:

Detering Threats to Freedom and Democracy



PARTNERNATION
ESTLAND

www.euro-defence.eu

Impressum

Herausgeberin und Chefredakteurin von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“: Dr. Eva-Charlotte Proll.

Redaktionelle Leitung: Bennet Biskup-Klawon. Redaktion: Jonas Brandstetter, Christian Brecht, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Ann Kathrin Herweg, Mirjam Klinger, Scarlett Lüsser, Lars Mahnke, Sven Rudolf, Paul Schubert, Anna Ströbele, Anne Mareile Walter. Online-Redaktion: Tanja Klement. Redaktionsassistentin: Kerstin Bauer (Berlin); Produktionsassistentin: Wiebke Werner.

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970

E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerden-spiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführer: Dr. Fabian Rusch. Herausgeber- und Programmbeirat: Uwe Proll (Vorsitz). Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“ Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.